

■ Gastkommentar von Georg Vetter



Die ewigen Feinde der Freiheit

Es kann nicht oft genug gesagt werden: Die derzeitige Finanzkrise hat ihre Ursache in einem signifikanten Staatsversagen. Sowohl in den USA als auch in Europa wurde seit Jahren die Geldmenge über Gebühr ausgeweitet. Dies mag seine Ursache in den riesigen Defiziten der USA einerseits und etwa der Deutschen und Franzosen andererseits haben. Die Zentralbanken, also die Geldmonopolbehörden, haben eine Politik des exzessiven Geldes betrieben.

Billiges Geld kreierte immer eine Goldgräberstimmung, die zur Hausse führt. Die Menschen werfen kritische Überlegungen über Bord und kaufen jenseits aller üblichen ökonomischen Überlegungen. Die Wirtschaftssubjekte werden in ihren Spekulationen leichtsinnig. Dieses Phänomen ist nicht auf die amerikanischen Häuslbauer beschränkt. Von den ÖBB bis hin zu den Bürgermeistermeistern kleiner Gemeinden wurde spekuliert – und das mit öffentlichen Geldern.

Ein paar Wochen vor dem Schwarzen Freitag 1929 wurden Aktien mit der ausdrücklichen Ankündigung emittiert, dass keine Dividende ausgeschüttet werde. Die Menschen zeichneten in

der Erwartung, dass einiges dahinter stecken müsste. Parallelen kennt man.

Auch die Ursache der heutigen Krise ist die Politik des billigen Geldes. Die Leichtsinngigkeit der Marktteilnehmer ist die Folge. Denn: Der Markt braucht den Staat zwecks Herstellung der Ordnung. Ohne Ordnung würde

„Was macht die Politik? Sie bekämpft nicht die Ursache, sondern die Folgen des Versagens.“

jene Anarchie herrschen, mit der die Feinde der Freiheit die Marktwirtschaft gerne verwechseln.

Was macht die Politik? Sie bekämpft nicht die Ursache, sondern die Folgen des Versagens: Sie subventioniert Banken und spannt ein Netz von Mikroregulierungen. Die Disziplinlosigkeit der öffentlichen Haushalte endet in der Ausweitung der Staatsmacht. Ohne viel Widerstand akzeptiert die Öffentlichkeit den Verlust der Freiheit des Kapitalmarktes. Leviathan Staat scheint der Nutznießer des eigenen Versagens zu sein: Von Staatsbeteiligungen bis hin zur Stärkung der

Finanzmarktaufsicht.

Wie seinerzeit in der Rezession der 30er Jahre fordern verdächtig aufgeregte Politiker sofortige Aktionen. Die 100 Tage des Nicolas Sarkozy erinnern frappant an die ersten 100 Tage des New Deals eines Franklin D. Roosevelt. Vielleicht soll der Aktionismus des französischen Präsidenten auch nur davon ablenken, dass der Europäischen Zentralbank der Franzose Trichet vorsteht, der diese Geldpolitik zu verantworten hat.

Mit Popper treffen wir die Feinde der offenen Gesellschaft. Das Vertrauen gilt der Autorität, nicht den Menschen. Das Ergebnis wird die Ruhe des Friedhofs sein – Innovations- und Investitionsentscheidungen wird es kaum mehr geben. Man nennt das Rezession.

Auch die Rezession der 30er Jahre hatte ihre wesentliche Ursache in einer verfehlten Geldmengenpolitik. Wenn die staatliche Monopolpolitik versagt, könnte man durchaus wieder über Hayeks Konzept konkurrierender Währungen nachdenken. Mehr denn je sind die Freunde der Freiheit gefordert. ■

Dr. Georg Vetter ist Rechtsanwalt in Wien.